

Amill Gorgis

Vorsitzender der Fördergemeinschaft für eine Ökumenische Gedenkstätte für Genozidopfer im Osmanischen Reich – FÖGG e.V.

Zur Begrüßung (11.09.2016)

Sehr geehrter, lieber Archimandrit Emmanuel Sfiatkos, Vorsitzender des Ökumenischen Rates von Berlin und Brandenburg;
verehrte Frau Botschaftssekretärin Charalambous,
verehrter Herr Konsul Filentas,
Eure Königliche Hoheit, Prinz Gharios El Chemor von Ghassan,
sehr geehrte Frau Beier von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz;
liebe Geschwister aus unseren armenischen, griechischen und syrisch-orthodoxen Gemeinden;

Ich begrüße Sie und alle Anwesenden herzlich, die den Weg hierher gefunden haben und der Einladung gefolgt sind, um diese Gedenkstunde, diesen Gedenktag des Völkermordes an den Griechen aus Kleinasien und Ost-Thrakien zu begehen. Neben dem Gedenktag der Griechen aus Pontos am 19. Mai, dem Gedenktag der Armenier am 24. April und dem Gedenktag der Aramäer am 15. Juni erinnert der Gedenktag der Griechen aus Kleinasien und Ost-Thrakien an dasselbe Leid unvorstellbaren Ausmaßes.

Verehrte Anwesende, wir sind hier an einem besonderen Ort, einem Ort, an dem der Opfer des Völkermordes **aller** christlichen Volksgruppen im Osmanischen Reich gedacht wird, der griechisch-orthodoxen Christen aus den verschiedenen Herkunftsgebieten, der Aramäer sowie der Armenier. An diesem Ort möchten wir auch die Gerechten unter den osmanischen Muslimen nicht vergessen, die unter Einsatz ihres Lebens Befehle verweigert und somit Schlimmeres verhütet haben.

Zum ehrenden Gedenken an die zwischen 1912-1922 aus ihrer Heimat Vertriebenen;
an die bei Massakern, auf Todesmärschen und durch Zwangsarbeit Vernichteten;
an die bei lebendigem Leib Verbrannten und im Rauch Ersticken;
an die Frauen, die den Freitod suchten, um der Vergewaltigung oder der Sklaverei zu entgehen;
an die Säuglinge, die im Schoße ihrer Mutter erstochen wurden –
zum ehrenden Gedenken an all diese Opfer bitte ich Sie, sich für eine Gedenkminute zu erheben.

Herr, erbarme dich!

Moran ethraHam a'lain! Ter woromja! Kyrie eleison!

Es gehört oft sehr viel Mut dazu, sich zur Wahrheit zu bekennen. Selbst in unserer freien Welt ist es keine Selbstverständlichkeit.

In diesen Tagen sind wir Zeugen geworden, wie türkeistämmige Bundestagsabgeordnete unter großen Druck gesetzt wurden, damit sie gegen die Resolution des Bundestages am 2. Juni stimmen, welche die Vertreibung und Massaker an Armeniern, Aramäern und anderen christlichen Volksgruppen als Völkermord anerkennt. Wir lasen und hörten in den Medien, unter welcher Lebensgefahr diese Abgeordneten und ihre Angehörigen sich befanden, weil sie sich nicht einschüchtern ließen. Wir sind einerseits erschüttert über so viel Hass und Ablehnung, die das erlittene Leid unserer Völker missachtet. Andererseits sind wir dankbar für die Menschen, die unerschütterlich die Geschehnisse des Jahres 1915 als das benennen, was es ist, nämlich Völkermord. Das ist wegweisend nicht nur in Richtung der türkischen Gemeinschaft.

Umso trauriger sind wir darüber, dass unsere Bundesregierung drei Monate nach Verabschiedung der Resolution betont, dass dieser Beschluss keine rechtliche Bedeutung besitzt. Sie hat aus türkeipolitischen Gründen, doch ohne Not die Bedeutung des Bundestagsbeschlusses heruntergespielt.

Für die Nachfahren der einstigen Opfer ist diese Haltung nur so zu verstehen: Die Bundesregierung signalisiert der Türkei: „Nehmt diesen Beschluss des Bundestages nicht ernst; ihr braucht euch nicht angesprochen zu fühlen. Fahrt fort mit eurer Ablehnung!“

Liebe Anwesende, das tut weh und es schmerzt uns zutiefst. Und es schadet sowohl der Vorbeugung künftiger Völkermorde, als auch der Vergangenheitsaufarbeitung.

Die ganze Wucht der Ablehnung, bis hin zu rassistischen Äußerungen und zu Gewaltbereitschaft, erleben wir seit langem.

Der Völkermord war 1915 nicht zu Ende, auch nicht 1922. Die Ideologie der ethnischen Säuberung bestand und besteht in der Türkei bis in unsere Tage. Über den Völkermord im Osmanischen Reich darf man dort bis heute nicht sprechen. Nach wie vor verfolgt die Türkei eine Politik, in der die Interessen der nicht-türkischen und nicht-sunnitischen Minderheiten keine Berücksichtigung finden. Mehr noch: sie steht ihnen teilweise feindlich gegenüber. Diese Politik ist äußerst gefährlich und kann zur Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat führen und zur Vernichtung ihrer Spuren im Land.

Möge unsere Ökumenische Genozid-Gedenkstätte ein Ort sein, zu dem wir einzeln, aber auch gemeinsam als Armenier, Griechen und Aramäer hin pilgern und unserer gemarterten Vorfahren gedenken; ein Ort, zu dem eines Tages nicht nur Nachfahren der Opfervölker, sondern auch des Tätervolkes kommen. So kann Versöhnung und Vertrauen beiderseits wachsen.

Ein Ort als Mahnung an alle, insbesondere an die Verantwortungsträger, standhaft zu bleiben, das erlittene Leid der Opfer nicht zu vergessen und sich verpflichtet zu fühlen, sich den Ideologien zu widersetzen, die solche Verbrechen hervorbringen.